

LANGENFELD MONHEIM

LANGENFELD
VHS sucht Deutschlehrer für
Ukrainer. Seite D2

MONHEIM
Knatsch um Pavillon am
Waldeingang. Seite D3

RHEINISCHE POST

Edelstahlschmiede bangt um Erdgas

Die Auftragsbücher sind gut gefüllt und nach den Coroneinschränkungen wollte die Firma Schmees wieder richtig durchstarten: Doch nun könnte die benötigte Energie knapp werden.

VON DIRK HEUER

LANGENFELD „Die Auslösung der Frühwarnstufe Gas hat uns elektrisiert“, sagt Clemens Schmees, Geschäftsführer der Edelstahlgießerei Schmees in Langenfeld. „Wir benötigen pro Jahr acht Millionen Kilowattstunden, davon die Hälfte aus Gas. Die Prozesse im Unternehmen sind alle vernetzt. Wenn das Gas ausbleibt, bleiben die Öfen kalt.“

In den vergangenen Wochen haben sich die Spezialisten im Haus immer wieder mit dem drohenden Gasstop aus Russland auseinandergesetzt. „Ja, wir könnten Wasserstoff einsetzen. Aber der ist weder in ausreichenden Mengen noch zu wirtschaftlichen Preisen zu erhalten“, fährt der Geschäftsführer fort. „Kurz bis mittelfristig rechnen wir nicht mit einem industriellen Einsatz von Wasserstoff. Vor 2030 wird das nichts“, prognostiziert Schmees. Derzeit sei Energiesparen das Gebot der Stunde. „Wir haben unsere 280 Mitarbeiter in beiden Werken gebeten, Energie einzusparen, wo immer es geht.“

Aber nicht nur Energie sei ein Thema. „Die Preise für Nickel und Chrom sind durch die Decke geschossen“, weiß der Manager. Chrom aus Russland, so hätten es ihm seine tschechischen Lieferanten mitgeteilt, habe mit Beginn des Krieges in der Ukraine auf der Embargoliste gestanden. Inzwischen gebe es Ersatz aus anderen Ländern. Edelstahl kaufe sein Unternehmen in der EU und recycle es.

„Eigentlich wollten wir die Lage mit Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie) am Freitag besprechen, aber den Termin hat der Minister kurzfristig abgesagt“, erzählt Schmees. „Aber ich bin immer optimistisch, dass wir im Zweifelsfall weiter produzieren können. Wir produzieren Pumpenteile und Armaturen für Flüssiggas-Terminals und Bauteile für die Wasserstoffwirtschaft.“ Er sei deswegen mit dem Wirtschaftsministerium im Gespräch. Sein L-Erdgas erhält das Unter-



Die Edelstahlgießerei Schmees in Langenfeld funktioniert nur bei zuverlässiger Gaslieferung, sagt Clemens Schmees.

PR-FOTO: RALPH MATZERATH

nehmen von den Stadtwerken Langenfeld: „Das ist ein super Partner“, betont Schmees. „Es hat noch nie Versorgungsprobleme gegeben.“

Die Langenfelder Stadtwerke erhalten ihr Erdgas aus den Niederlanden. „Diese Vorkommnisse sind aber aufgrund der hohen Nachfrage seitens der Lieferanten leider begrenzt“, erklärt Stadtwerke-Geschäftsführer Stefan Figge. „Wichtig ist aber: Die Versorgungssicherheit ist aktuell noch gesichert. Zudem kommt es bis dato noch zu keinen Kürzungen von Gas aus Russland“, sagt er. Bei einem möglichen Versorgungsengpass träten Abläufe des „Notfallplans Gas“ für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Diese stellten sicher, dass die Versorgung von geschützten Kunden zu jeder

Zeit gewährleistet sei. Dazu gehörten soziale Einrichtungen, kleine und mittlere Unternehmen sowie alle Privatkunden. Das Drosseln von Gas beziehe sich in diesem Fall auf nicht systemrelevante Gaskraftwerke und Industriekunden. Ein Lieferstopp von nicht geschützten Kunden hätte aber spätestens ab Herbst 2022 einen enormen Einfluss auf die Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund ruft Figge alle Verbraucher auf, solidarisch mit den nicht geschützten Kunden zu sein und den Energieverbrauch eigenverantwortlich zu reduzieren.

Theoretisch könne man L- (aus den Niederlanden) und H-Gase (Russland) miteinander vermischen, um die Verteilung fair zu gestalten. Aber nicht alle Endgeräte

INFO

Metallpreise schießen in die Höhe

Neben den hohen Energiekosten stiegen auch die Metallpreise. Seit Beginn des Ukrainekrieges vervierfachte sich zeitweise der Preis für Nickel. Auch der Chrompreis verdoppelte sich zeitweise. Metalle, die aus Russland kamen, müssen nach dem Embargo nun in anderen Ländern gekauft werden.

seien sowohl L- als auch H-Gas fähig. Die entsprechenden Regelungen finden sich in den ersten beiden Krisenstufen des „Notfallplans

Gas“, der Frühwarn- und Alarmstufe. In ihnen werden marktbasierende Maßnahmen, wie beispielsweise die Umschaltung auf alternative Energieträger, die Ausübung von Unterbrechungsoptionen oder Schalthandlungen im Versorgungsnetz beschrieben, so Figge. Dabei erfolge eine enge Abstimmung der Unternehmen der Gasbranche mit Bundesbehörden und dem Bundeswirtschaftsministerium. „Das heißt, dass Versorgungsunternehmen die Variabilität des Marktes nutzen, zum Beispiel durch die Nutzung von Gasspeichermengen, um Engpassituationen zu vermeiden. Die Füllstände der Speicher sind aktuell aber aufgrund der Jahreszeit (Ende der Heizperiode) und des Ukraine-Konflikts niedrig.“

Betrunkener E-Scooter-Fahrer fährt weiter

LANGENFELD (og) Einen betrunkenen E-Scooter-Fahrer hat die Polizei am Samstag gleich zweimal aus dem Verkehr gezogen. Wie die Polizei mitteilt, haben Beamte nach einem Zeugenhinweis gegen 23.30 Uhr einen jungen Mann an der Düsseldorf-/Theodor-Heuss-Straße kontrolliert. Laut Zeugenangaben soll der 20-jährige Langenfelder zuvor einen E-Scooter gefahren haben, obwohl er offensichtlich unter Alkoholeinfluss stand. Im Rahmen der Verkehrskontrolle nehmen die Polizisten starken Alkoholgeruch wahr und stellen erste Ausfallerscheinungen fest. Ein Atemalkoholtest ergibt einen Wert von 1,68 Promille (0,84 mg/l). Der Langenfelder wird zur Wache nach Langenfeld gebracht, wo ihm eine Blutprobe entnommen wird. Die Weiterfahrt wird ihm untersagt. Die Polizei leitet ein Ermittlungsverfahren ein. Kurze Zeit später melden Zeugen erneut einen stark alkoholisierten E-Scooter-Fahrer der Polizei. Es handelt sich um denselben Langenfelder, der nun die Solinger Straße entlang gefahren sein soll. Für den jungen Mann geht es ein zweites Mal auf die Wache. Beamte stellen den E-Scooter sicher und leiten ein zweites Ermittlungsverfahren ein.

Freie Demokraten wählen Vorstände

KREIS METTMANN (RP) Beim FDP-Landesparteitag in Duisburg standen am Wochenende die Neuwahlen zum Landesvorstand im Mittelpunkt. Dabei wurde der Europaabgeordnete Moritz Körner aus Langenfeld mit großer Mehrheit zum neuen Generalsekretär der FDP-NRW gewählt. Auch der NRW-Landesvorsitzende der Jungen Liberalen Alexander Steffen aus Ratingen gehört nun als Beisitzer dem Landesvorstand an. Der FDP-Bezirksverband Düsseldorf hat ebenfalls einen neuen Vorstand gewählt. Der Mettmanner FDP-Kreisvorsitzende und Staatssekretär im NRW-Justizministerium Dirk Wedel wurde in seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbands bestätigt.

Gewerkschaft: „Ukrainern eine Perspektive bieten“

KREIS METTMANN (RP) Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) fordert Solidarität mit Schutzsuchenden: Wer als Folge des Angriffskrieges gegen die Ukraine geflohen und im Kreis Mettmann angekommen ist, soll sich auf den Beistand von Beschäftigten und Betrieben verlassen können – so die NGG in einer aktuellen Mitteilung. „Von der Hilfe bei der Wohnungssuche über private Spenden bis hin zu Job-Angeboten – für die Unterstützung der Geflüchteten kommt es nicht nur auf den Staat an, sondern auch auf die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft. In Restaurants, Lebensmittelbetrieben und Bäckereien arbeiten im Kreis Mettmann seit jeher Menschen verschiedenster Kulturen zusammen. Das ist eine Stärke bei der Integration derer, die in wachsender Zahl zu uns kommen“, sagt Zayde Torun, Geschäftsführerin der NGG-Region Düsseldorf-Wuppertal.

Die Gewerkschaft verurteilt Vladimir Putins Angriffskrieg aufs Schärfste. „Allerdings darf das Vorgehen des Machthabers nicht zu Anfeindungen gegen russischstämmige Menschen führen. Am Arbeitsplatz kommt es darauf an,

jetzt zusammenzustehen“, fordert Torun.

An die Betriebe im Lebensmittel- und Gastgewerbe appelliert sie, Geflüchteten, die bereits nach einer Beschäftigung suchen, eine nachhaltige Perspektive zu geben. Statt prekärer Stellen wie Minijobs sollten sie tariflich bezahlte Arbeitsplätze mit Aufstiegsmöglichkeiten bieten. „Viele Ukrainer haben einen hohen Bildungsabschluss und arbeiteten in ihrer Heimat als Fachkräfte. Sie sind auf gute Jobs angewiesen, gerade auch, um ihre Familien in dieser Notlage zu ernähren.“

Zudem seien Land und Kommunen gefordert. Bei der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, zusätzlichen Schul- und Kita-Plätzen und der Anerkennung ukrainischer Berufsqualifikationen komme es entscheidend auf den Staat an. „Wichtig sind auch schnelle und erleichterte Zugänge zu Sprachkursen, damit den Menschen der Neustart in der Fremde gelingt. Niemand weiß, wie lange der Krieg noch dauert. Aber wenn die Geflüchteten in ihr Land zurückkehren können, sollten sie sich an die Hilfe hier erinnern. An freundliche und hilfsbereite Kollegen, Chefs und Ämter“, so Torun.

Platz zwei für Monheims Debattierer

Beim RP-Wettbewerb „mitreden“ sind Schüler des Otto-Hahn-Gymnasiums erfolgreich.

MONHEIM (og) Im November 2021 haben Schüler des Otto-Hahn-Gymnasiums in Monheim die Auftaktveranstaltung des RP-Debattierwettbewerbs erfolgreich bestritten. Buchstäblich. Sie haben das Für und Wider des Baus einer Marina in Monheim diskutiert. Als interner Sieger ist dort das Kontra-Team hervorgegangen und hat es bis ins

Finale geschafft. Jetzt haben Nomi Kurth und Simon Kellermann im Düsseldorfer Landtag den zweiten Preis wortreich erstritten und nach Monheim geholt: 3000 Euro.

Acht Schulen haben an dem Projekt teilgenommen, das von der Rheinischen Post initiiert wurde und von Evonik Industries gesponsert wird. Vier sind bis ins Finale vor-

gerückt. Das Ziel des Wettbewerbs ist aktueller denn je. „Eine gepflegte Debattierkultur ist essentiell für eine Demokratie“, beschreibt Evonik-Vertreterin Andrea Dimitrova die Motivation des Unternehmens, das RP-Projekt zu unterstützen.

Diesmal hat das Monheimer Team nicht gegen eine Marina im Greisbachsee argumentiert, sondern sich

in der ersten Runde mit der Frage auseinandergesetzt, ob Bürger zugunsten des Klimas auf Konsum verzichten sollen. Erfolgreich. Sie sind weiter vorgerückt. In der letzten Runde haben die Diskutanten dann das Überraschungsthema beleuchtet, ob Nachhaltigkeit ins Grundgesetz aufgenommen werden sollte oder nicht. Dort mussten die Monheimer sich dem Team einer Mönchengladbacher Schule geschlagen geben. Dennoch: Die Schüler des Leistungskurses Sozialwissenschaften des Otto-Hahn-Gymnasiums überzeugten die Jury mit ihrer Debattierkunst, sachlichen Argumentation und ihrem rednerischen Engagement.



Nomi Kurth und Simon Kellermann vom Monheimer Otto-Hahn-Gymnasium errangen im Düsseldorfer Landtag den zweiten Platz.

FOTO: ANNE ORTHEN

#mitreden

Landtagspräsident André Kuper und RP-Chefredakteur Moritz Döbler haben den Preis an das Monheimer Team überreicht.